

mit Schwerpunkt **Stock Option Watch**

## Mangel an Tankstellen hemmt alternative Antriebstechnologien

26 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen in der Europäischen Union (EU) werden durch den Verkehr ausgestoßen. Damit spielt der Verkehr eine zentrale Rolle für die klimapolitischen Ziele der EU. Diese betreffen insbesondere den Automobilsektor. 20 Prozent aller Pkw in der EU sollen bis zum Jahr 2020 alternative Kraftstoffe wie zum Beispiel Biokraftstoffe oder auf lange Sicht Wasserstofftanken. Derzeit verbrauchen noch 98 Prozent aller Pkw in Europa Kraftstoffe auf Erdölbasis. Eine aktuelle Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt, dass die Zukunftsfähigkeit alternativ betriebener Pkw und damit die klimapolitischen Ziele der EU maßgeblich vom Ausbau des entsprechenden Tankstellennetzes abhängen.

Zahlungsbereitschaft für den Ausbau des Tankstellennetzes

Kaufpreis des Pkw in Euro	zusätzliche Zahlungsbereitschaft in Euro bei Erhöhung der Anzahl der Tankstellen mit alternativen Treibstoffen		
	von 20% auf 30%	von 50% auf 60%	von 90% auf 100%
20.000	3862,80	2550,95	823,35
40.000	4629,19	3049,90	981,46
60.000	5788,76	3797,16	1215,27

Quelle: ZEW-Berechnungen

Um die Nachfragefaktoren für den Kauf von Pkw mit alternativen Antriebstechnologien zu bestimmen, hat das ZEW in Zusammenarbeit mit dem IVT (Institut für angewandte Verkehrs- und Tourismusforschung) und CAR (Center Automotive Research) eine deutschlandweite Befragung unter potenziellen Autokäufern durchgeführt. Die Befragung ist Teil einer laufenden Untersuchung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Sie zielt unter anderem darauf ab, Barrieren für die Marktdurchdringung alternativer Antriebstechnologien zu identifizieren. Erfragt wurden die Präferenzen der Pkw-

Käufer hinsichtlich gewisser Fahrzeugeigenschaften wie etwa der PS-Zahl, dem Kaufpreis und den laufenden Kosten. Erhoben wurden ferner soziodemografische Eigenschaften der Pkw-Käufer, zum Beispiel Einkommen und Alter.

Die ökonomische Auswertung der Daten belegt die Abhängigkeit der Pkw-Kaufentscheidung hauptsächlich von dem zur Verfügung stehenden Tankstellennetz. Dabei spielt es keine Rolle, um welche alternative Antriebstechnologie es sich handelt. Die Wahrscheinlichkeit, einer Entscheidung des Konsumenten für einen alternativ betriebenen Pkw, steigt mit dem Ausbau des entsprechen-

den Tankstellennetzes. Dieses Ergebnis ist eine gute Nachricht für die neue Antriebstechnologien. Neue Technologien sehen sich demnach keinen zusätzlichen Barrieren gegenüber, die einer Marktdurchdringung entgegen stehen.

Die Wertschätzung, die Pkw-Käufer einem ausgebauten Tankstellennetz entgegenbringen, wird in einem zweiten Schritt quantifiziert. Auf Grundlage der ökonomischen Analyse lässt sich der Preis ermitteln, den die Käufer alternativ betankter Pkw bereit sind, für den Ausbau des Tankstellennetzes zu bezahlen (siehe Tabelle).

Je größer das schon bestehende Netz ist, desto geringer fällt die Zahlungsbereitschaft für eine Erweiterung des Tankstellennetzes aus. So sind etwa Käufer eines 20.000 Euro teuren Pkw bereit, rund 3.900 Euro zusätzlich dafür zu zah-

### IN DIESER AUSGABE

Mangel an Tankstellen hemmt alternative Antriebstechnologien	1
Neues Instrument zur Untersuchung von Unternehmensgründungen	2
Steigender Beratungsbedarf wegen zunehmender Komplexität der IT	3
Soziales Engagement gehört für Familienunternehmen zur Firmenkultur	4
Nachgefragt: Das Konjunkturpaket der Bundesregierung	5
Systematische Mängel beim Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer	6
Konferenzen	8, 9
ZEW intern	9, 10
Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

len, dass der erforderliche Kraftstoff nicht nur an zwei, sondern an drei von zehn Tankstellen erhältlich ist. Die Zahlungsbereitschaft sinkt jedoch auf rund 800 Euro, wenn bereits 90 Prozent der existierenden Tankstellen diesen Kraftstoff führen. Obwohl sich die Höhe der Zahlungsbereitschaft zwischen den verschiedenen Preiskategorien unterscheidet, gilt der Zusammenhang – je dichter das Netz, desto geringer die Zahlungsbereitschaft – durchgehend.

Die Untersuchung macht deutlich, dass ein entsprechendes Tankstellennetz zur Verfügung gestellt werden muss, damit der Marktanteil alternativer

Antriebstechnologien im Pkw-Verkehr gesteigert werden kann. Solange die Netzdichte der neuen Technologien noch nicht in einem vergleichbaren Umfang wie das existierende Netz von Benzin- und Diesel-Tankstellen bereitsteht, müssten Fahrzeuge mit alternativen Antrieben im Umfang der ermittelten Zahlungsbereitschaften preiswerter sein als jene mit existierenden Technologien. Dies ist bei alternativen Antriebstechnologien unter aktuellen technischen Standards nicht möglich.

Der Aufbau eines flächendeckenden Tankstellennetzes für einen alternativen Kraftstoff erfordert hohe Investitionen.

Eine Diversifizierung des Angebots in verschiedene, alternative Kraftstoffe sollte daher vermieden werden. Noch zeichnet sich keine dominante alternative Antriebstechnologie ab. Eine staatliche Förderung sollte zukünftigen Marktentwicklungen nicht vorgreifen. Neben dem technologischen Fortschritt in der Entwicklung alternativer Antriebstechnologien beeinflussen Konsumentenpräferenzen die Entwicklung dieses Marktes entscheidend. Insbesondere auf diesem Gebiet besteht noch erheblicher Forschungsbedarf.

*Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de  
Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de*

## Neues Instrument zur Untersuchung von Unternehmensgründungen

*Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat in Zusammenarbeit mit der KfW Bankengruppe und dem Verband der Vereine Creditreform eine neue Erhebung zur Erforschung von Unternehmensgründungen ins Leben gerufen: das KfW/ZEW-Gründungspanel.*

Es ist zunächst auf einen Zeitraum von sechs Jahren angelegt. Jährlich werden etwa 6.000 Start-Ups befragt. Sie setzen sich jeweils zur Hälfte aus Unternehmen des High-Tech Sektors und Unternehmen aus anderen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes, des Handels und der weiteren Dienstleistungen zusammen. Erhoben werden sowohl Merkmale der Gründerpersonen als auch Indikatoren der Unternehmensstruktur, der Unternehmensentwicklung und der strategischen Ausrichtung der Start-Ups.

In Deutschland gibt es bislang keine Datenbasis, mit deren Hilfe die Entwicklung von sehr jungen Unternehmen über einen längeren Zeitraum beobachtet werden kann. Besonders das Wissen über die Dynamik von jungen

High-Tech-Gründungen ist wenig entwickelt, obwohl die meisten Innovationen im High-Tech Bereich entstehen. Sie verstärken in besonderem Maße den technologischen Wandel und erhöhen somit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Einem fundierten Wissensstand über Unternehmensgründungen, besonders über High-Tech-Gründungen, kommt somit ein hoher Stellenwert zu.

### Start-Ups schaffen neue Vollzeit Arbeitsplätze

Aus der ersten Befragungswelle des KfW/ZEW-Gründungspanels liegen nun Ergebnisse vor. Erhoben wurden Daten von Gründungen der Jahre 2005 bis 2007. Es zeigt sich, dass in den Unternehmen eine bedeutende Anzahl von Arbeitsplätzen entsteht. Zum Gründungszeitpunkt haben die jungen Unternehmen im Durchschnitt 2,4 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl der durchschnittlich rund 240.000 wirtschaftsaktiven Unternehmensgründungen pro

Jahr entspricht dies knapp 600.000 Vollzeit Arbeitsplätzen. Gründungen, die mit innovativen und technisch neuartigen Produkten und Dienstleistungen an den Markt gehen, starten mit mehr Beschäftigten und wachsen schneller als andere Gründungen.

Um sich von der Konkurrenz abzuheben, versuchen fast 70 Prozent der Gründungen, qualitativ hochwertige Produkte anzubieten und sich stark an Kundenwünsche anzupassen. Häufig kombinieren die jungen Unternehmen beide Strategien zu einer qualitätsorientierten Nischenstrategie.

95 Prozent der Gründungen benötigen finanzielle Mittel für die Aufnahme des Geschäftsbetriebs. Während 38 Prozent der Start-Ups mit weniger als 5.000 Euro auskommen, benötigt über ein Drittel mehr als 25.000 Euro Startkapital. Besonders im verarbeitenden Gewerbe und hier vor allem in der Spitzentechnik ist der Bedarf an Startkapital sehr hoch.

Weitere Informationen [www.zew.de/KfW\\_ZEW\\_gruendungspanel\\_102008.pdf](http://www.zew.de/KfW_ZEW_gruendungspanel_102008.pdf)  
*Dr. Sandra Gottschalk, gottschalk@zew.de*

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Steigender Beratungsbedarf wegen zunehmender Komplexität der IT

Die Informationstechnologie (IT) durchdringt mittlerweile fast alle betrieblichen Bereiche. Damit steigt der Bedarf der Unternehmen an IT-Beratung. IT-Berater sind in erster Linie als Wissensvermittler gefragt, die Unternehmen mit technologischem Know-how versorgen. Insbesondere Unternehmen mit hoher IT-Intensität und Unternehmen, die komplexe Software einsetzen, engagieren externe IT-Berater. Eine weniger bedeutende Rolle hat der Berater als Vermittler von Problemen oder von geplanten Maßnahmen gegenüber verschiedenen Interessensgruppen der Unternehmen. Dies zeigen Untersuchungen des ZEW im Rahmen eines von der Volkswagenstiftung finanzierten Projekts.

Ergebnisse auf Basis der subjektiven Einschätzungen der Unternehmensvertreter als auch ökonomische Analysen zeigen, dass für Unternehmen, die externe IT-Beratung in Anspruch nehmen, die Rolle des Beraters als Wissensvermittler im Vordergrund steht.

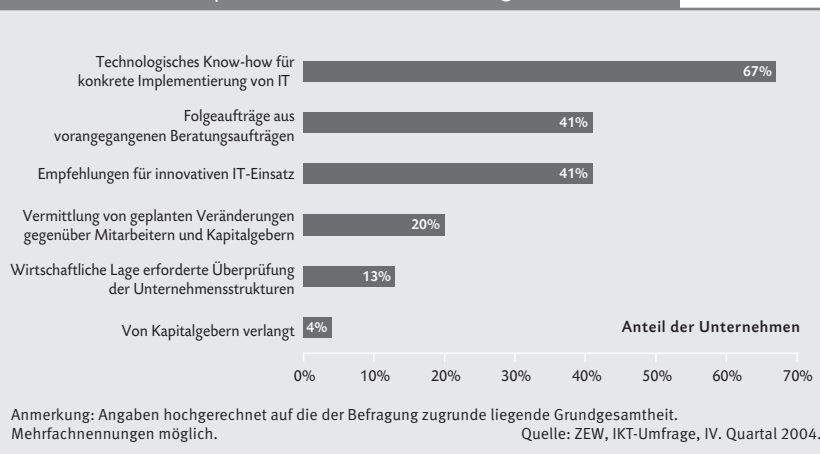
## Beratung schafft Nachfrage nach neuer Beratung

Aus Unternehmenssicht ist die Gewinnung von technologischem Know-how für die konkrete Implementierung von IT das wichtigste Motiv für den Rückgriff auf die IT-Beratung (siehe Grafik). Insgesamt 67 Prozent der Unternehmen geben dieses Motiv an. Jedoch sehen 20 Prozent der Unternehmen die IT-Beratung als Instrument zur Vermittlung geplanter Veränderungen gegenüber Mitarbeitern und Kapitalgebern. Des Weiteren zeigt sich, dass Beratung neue Nachfrage nach Beratung schafft. Bei 41 Prozent der Unternehmen ist die Beratung ein Folgeprojekt aus vorangegangenen Beratungsaufträgen.

In ökonomischen Schätzungen erklären die IT-Intensität und die Nutzung komplexer Software sowie vergangene IT-basierte und beratungsintensive Ereignisse die Inanspruchnahme von IT-Beratung. Letzteres Ergebnis deutet darauf hin, dass Berater selbst zur Schaffung der Nachfrage nach ihren Dienstleistungen beitragen. Des Weiteren spielen die Auslagerung von Unternehmensaktivitäten und die Nutzung von Qualitätsmanagementmethoden eine signifikante Rolle. Die Legitimationsfunktion des Beraters kommt lediglich bei Aktiengesellschaften zum Tragen. Dieser Effekt spiegelt möglicherweise den hohen Druck zu guter Performance wider, zu welcher Aktiengesellschaften gegenüber ihren Stakeholdern verpflichtet sind.

Dr. Irene Bertschek, [bertschek@zew.de](mailto:bertschek@zew.de)

### Motive für die Inanspruchnahme von IT-Beratung



In den letzten Jahren ist der Markt für Beratungsleistungen in Deutschland stark gewachsen. Nach einem leichten Umsatzrückgang in den Jahren 2002 und 2003 auf 12,2 Milliarden Euro, stieg der Umsatz von Beratungsleistungen im Jahr 2007 auf 16,4 Milliarden Euro. Dabei machte der Marktanteil für IT-Beratung im Jahr 2007 gut ein Fünftel aus. Der zunehmende Bedarf an Beratung liegt unter anderem in der starken Diffusion der Informationstechnologien in Unternehmen begründet. Der schnelle technologische Fortschritt bei IT und die Einsatzbarkeit von IT in immer mehr Unternehmensbereichen führt zu einer Komplexität, die häufig fachliche Expertise von außen erforderlich macht.

In der Literatur diskutiert man deshalb die Rolle des Beraters als Wissensvermittler, der im Zuge der zuneh-

menden Bedeutung IT- und wissensintensiver Unternehmen und Branchen verstärkt nachgefragt wird. Ein Berater kann aber auch eine Legitimationsfunktion erfüllen. Beispielsweise vermittelt er bestehende Probleme den verschiedenen Interessensgruppen des Unternehmens. Oder er hilft dem Management, geplante Maßnahmen gegenüber Mitarbeitern und Kapitalgebern durchzusetzen.

Die Untersuchungen des ZEW (Discussion Paper Nr. 08-083) überprüfen die Gründe von Unternehmen zur Inanspruchnahme externer IT-Beratung. Hierzu wurde die repräsentative IKT-Umfrage des ZEW aus dem Jahr 2004 ausgewertet. Diese umfasst rund 4.000 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sowie ausgewählter Dienstleistungssektoren in Deutschland. Sowohl deskriptive

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Soziales Engagement gehört für Familienunternehmen zur Firmenkultur

*Deutschland gehört zu den Ländern mit dem höchsten Anteil von Familienunternehmen an allen Unternehmen. Neben ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung spielen Familienunternehmen für die Gesellschaft eine große Rolle. Sie engagieren sich besonders für Bildung und Umwelt sowie für die eigenen Mitarbeiter. Familienunternehmen sind darauf bedacht, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Deshalb greifen sie verstärkt auf Bankkredite zurück, obwohl ihnen grundsätzlich auch andere Finanzierungsinstrumente offen stehen. Dies sind zentrale Ergebnisse einer umfassenden Studie zum Sektor der Familienunternehmen, die das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie durchgeführt hat.*



*Das Engagement der Familienunternehmen konzentriert sich vor allem auf die eigenen Mitarbeiter*

93 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind eigentümergeführte Familienunternehmen. Sie beschäftigen rund 57 Prozent aller Arbeitnehmer und erzielen fast die Hälfte des Umsatzes aller Unternehmen.

Die ZEW-Studie zeigt, dass sich viele Familienunternehmen gesellschaftlich engagieren. Die Schwerpunkte ihres Engagements liegen in den Bereichen Bildung, Soziales und Ökologie. Während sich größere Unternehmen stark im Bildungsbereich engagieren, sind kleinere Unternehmen eher im sozialen Bereich tätig. Die wichtigste Zielgruppe des gesellschaftlichen Engagements von Familienunternehmen sind die eigenen Mitarbeiter. Die sozialen Aktivitäten der Unternehmen zielen vor allem auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie fördern die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stellen zusätzliche Sozialleistungen bereit.

Besonders die Umsetzung der Werte der Firmeninhaber spielt eine große Rolle für das Engagement der Familienunternehmen. Im Durchschnitt verzeichnen sie durch ihr gesellschaftliches Engagement aber auch wirtschaftliche Erfolge. Durch ihr Engagement können sie Mitarbeiter motivieren, das Firmenimage verbessern und für positive Berichterstattung in den Medien sorgen. Gerade kleinere Unternehmen erweitern durch ihr Engagement ihren Kundenkreis.

## Finanzielle Unabhängigkeit hat hohen Stellenwert

Die ZEW-Studie untersucht ferner die Finanzierung von Familienunternehmen. Es zeigt sich, dass die Eigenkapitalausstattung der größeren Familienunternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten von der Eigenkapitalausstattung vergleichbarer Nicht-Familienunternehmen deut-

lich nach oben abweicht. Für kleinere Familienunternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten gilt dies jedoch nicht.

Bankkredite – und hier insbesondere kurzfristige Kredite – haben für Familienunternehmen tendenziell eine größere Bedeutung als für Nicht-Familienunternehmen. Zusätzliches zur Verfügung stehendes Eigenkapital wird von Familienunternehmen investiv oder zur Verbesserung der Finanzierungsbasis genutzt. Eine kurzfristige Ausschüttungsorientierung tritt in den Hintergrund. Mehrere Indizien, etwa die vergleichsweise hohen Eigenkapitalquoten bei größeren Unternehmen, die Präferenz für die Kreditfinanzierung einerseits, die Ablehnung starker Abhängigkeiten von Kreditgebern andererseits, deuten auf ein starkes Unabhängigkeitsstreben der Familienunternehmen hin. Es gibt keine Anhaltspunkte, dass Unternehmen, die sich mehrheitlich in Familienbesitz befinden, in stärkerem Maße unter Finanzierungsrestriktionen leiden als andere Unternehmen.

Die Unternehmensteuerreform 2008 und das Jahressteuergesetz 2008 bringen wesentliche Änderungen für die Besteuerung von Familienunternehmen mit sich. Mit den Tarifsenkungen für Gewinne und der dadurch verursachten Verringerung der effektiven Steuerbelastung wird die steuerliche Situation von Familienunternehmen verbessert. Der Grad der Verbesserung ist aber abhängig von der Rechtsform und der Größe des Unternehmens. Äußerst problematisch ist hingegen die beschlossene Zinsschranke. Sie kann insbesondere bei Start-ups oder mittelständischen und großen Unternehmen mit volatiler Ertragslage zu einer bedeutenden Beschränkung des Zinsabzugs führen und sich damit als Investitionshemmnis erweisen.

Die Kurzfassung der Studie finden Sie unter [www.zew.de/familienunternehmen](http://www.zew.de/familienunternehmen)  
Dr. Peter Westerheide, [westerheide@zew.de](mailto:westerheide@zew.de)

Nachgefragt: Das Konjunkturpaket der Bundesregierung

## Prozyklische Wirkung von Konjunkturprogrammen setzt der Politik Grenzen

*32 Milliarden Euro wird die Bundesregierung in den kommenden beiden Jahren ausgeben, um die Talfahrt der deutschen Konjunktur abzubremsen. Kernstück des Konjunkturpakets ist ein milliardenschweres Kreditprogramm für den Mittelstand. Darüber hinaus sollen Unternehmen durch günstige Abschreibungsmodalitäten zu Investitionen animiert werden. Das Kurzarbeitergeld wird künftig ein halbes Jahr länger ausbezahlt, für emissionsarme Neuwagen soll die Kfz-Steuer bis zu zwei Jahre entfallen und zusätzliche Milliarden Euro fließen in das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm. Was das Rettungspaket bewirkt und welche weiteren Maßnahmen geeignet wären, die Konjunktur zu beleben, fragen wir Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Leiter der Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ am ZEW.*

**Die Große Koalition erwartet, dass ihre Maßnahmen das Wirtschaftswachstum in Deutschland stimulieren und rund eine Million Arbeitsplätze sichern werden. Werden diese Ziele durch das Konjunkturprogramm erreicht oder entzündet die Politik ein Strohfeuer?**

**Franz:** Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung stellt ein Bündel von Aktivitäten dar, die nur zum Teil dazu geeignet sind, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Die genannte Anzahl von einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze scheint mir angesichts des Gesamtvolumens, welches obendrein über mehrere Jahre verteilt werden soll, reichlich optimistisch.

**Was spricht konkret gegen Konjunkturprogramme?**

**Franz:** Die Machbarkeit der konjunkturellen Entwicklung seitens der Wirtschaftspolitik ist sehr begrenzt. Wie zahlreiche empirische Studien belegen, sind staatliche Konjunkturprogramme in der Praxis häufig wenig hilfreich. Sie wirken meist prozyklisch, weil in der Regel vielfältige zeitliche Verzögerungen eintreten, bis sie ihre Wirkung, so überhaupt vorhanden, entfalten können. Ihr Erfolg wird außerdem durch das Sparen der Haushalte und Importe geschwächt.

**Mit welchen Mitteln könnte die Konjunktur erfolgreich gestützt werden?**

**Franz:** Der Sachverständigenrat hat dazu eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik vorgeschlagen, die sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite ansetzen könnte. Zum einen spricht er sich für kreditfinanzierte zusätzliche Investitionen, beispielsweise in die Infrastruktur und die frühkindliche Bildung, aus. Zum anderen müssen bestimmte Defizite bei der Unternehmenssteuerreform beseitigt werden.

**Helfen Steuersenkungen oder Konsumgutscheine?**

**Franz:** Da bin ich sehr skeptisch. Rund die Hälfte aller Haushalte in Deutschland

zahlt überhaupt keine Einkommenssteuer. Deren Senkung beträfe also gerade nicht diejenigen Haushalte, bei denen am ehesten eine hohe Konsumneigung zu erwarten wäre. Unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten wäre allerdings an eine Verminderung des steilen Anstiegs der Grenzsteuersätze in der ersten Progressionszone zu denken. Das erhöht die Leistungsbereitschaft. Konsumgutscheine entzünden nur ein Strohfeuer. Dann hat der Staat sein Pulver verschossen, wenn die Konjunkturschwäche länger anhält und es bleiben höhere Schulden.

**Die Große Koalition hat sich von ihrem Ziel, bis zum Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, verabschiedet. Wurde zu lange gewartet, die Konsolidierung des Haushalts voran zu treiben?**

**Franz:** Die Konsolidierung der staatlichen Haushalte bemisst sich am strukturellen Defizit, also den um konjunkturelle Einflüsse bereinigten staatlichen Budgetsaldo. Hier ist die Politik bereits weit vorangekommen. Im Jahr 2008 belief sich das strukturelle Defizit



**Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz**, Jahrgang 1944, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. 1981 habilitierte er sich und folgte einem Ruf an die Universität Mainz. 1984 nahm er einem Ruf an die Universität Stuttgart, 1989 einen Ruf an die Universität Konstanz an. Seit 1997 ist Franz Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim.

Überdies leitet er seit September 2007 die Forschungsgruppe „Wachstums- und Konjunkturanalysen“ des ZEW. Die Hauptarbeitsgebiete von Franz sind die Makroökonomie, die Arbeitsmarkt- und die empirische Wirtschaftsforschung. Seit 2003 ist Franz Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem er bereits in der Zeit von 1994 bis 1999 angehörte.

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

auf 0,1 v. H. des Bruttoinlandsprodukts. Für das Jahr 2009 prognostiziert der Sachverständigenrat 0,2 v. H. Im Sinne einer Generationengerechtigkeit sollte der Konsolidierungskurs flexibel fortgeführt werden.

#### Was halten Sie vom „Sicherungsnetz für Beschäftigte“ im Rahmen des Maßnahmenpakts der Bundesregierung?

**Franz:** Der Ausdruck „Sicherungsnetz“ soll vermutlich an den „Schutzschirm“ für das Bankensystem erinnern, welcher ein Gesamtvolumen von 480 Milliarden Euro umfasst. Beim „Sicherungsnetz für Beschäftigte“ soll neben einem Sonderprogramm für ältere und geringqualifi-

zierte Personen und einer befristeten Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes die Anzahl der Arbeitsvermittler bei der Bundesagentur für Arbeit um 1.000 erhöht werden. Bezogen allein auf die zuletzt genannte Maßnahme würde bei einem überschlägig angenommenen Jahreseinkommen in der Größenordnung von 50.000 Euro eine Gesamtsumme pro Jahr in Höhe von 50 Millionen Euro zustande kommen. Im Vergleich zu den genannten 480 Milliarden Euro wirkt das doch einigermaßen putzig. Das spricht nicht notwendigerweise gegen die Maßnahme als solche, sondern vor allem gegen ihre Bezeichnung.

**Neben dem Hilfspaket für Banken und dem Konjunkturprogramm greift die Bundesregierung auch für die Bürger in die Staatskasse. Etwa wird das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht, Geringverdiener erhalten höheres Wohngeld. Sind das „Wahlgeschenke“?**

**Franz:** Die Subventionen können nicht unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten gesehen werden. Es handelt sich um gesellschaftspolitische und mittelfristig angelegte ökonomische Anliegen, beispielweise um die ökonomische Situation von Familien zu verbessern.

*Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de*

## Systematische Mängel beim Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer

*Das Bundesverfassungsgericht hatte die bisherige Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber bis spätestens 31. Dezember 2008 eine Neuregelung aufgetragen. Unter Zugzwang einigten sich die Regierungsparteien im November dieses Jahres über die Grundzüge der Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechtsreform, obschon CDU, CSU und SPD über Einzelheiten noch weiter verhandeln. Die beschlossenen Eckpunkte werden im Folgenden erläutert, systematisch analysiert und ihre Wirkungen für Vermögensübergänge in Deutschland aufgezeigt.*

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 7. November 2006, dass die aktuelle Ausgestaltung der Erbschaftsteuer nicht mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar ist. Das Gericht hat den Gesetzgeber in diesem Zusammenhang dazu angehalten, die Bewertung von Vermögensgegenständen künftig an einem einheitlichen Wert auszurichten, dem sogenannten gemeinen Wert, einem objektiven Verkehrswert. Erst bei der nachfolgenden Ermittlung der Steuerbelastung sind durch Lenkungszwecke motivierte Begünstigungen für bestimmte Vermögensgegenstände denkbar. An dieser vom Gericht vorgegebenen Reihenfolge orientiert sich die nachfolgende Beurteilung der dargestellten Eckpunkte.

Die bisherige Bewertung von Grundvermögen sowie von Betriebsvermö-

gen und Anteilsvermögen führt teilweise zu Werten, die deutlich unter den Verkehrswerten liegen. Insofern sind geplante Änderungen in diesem Bereich grundsätzlich erforderlich und richtig. Problematisch ist aber, dass in den vorgeschlagenen Ertragswertverfahren, mit deren Hilfe diese Vermögensgegenstände bewertet werden, Steuern nicht korrekt berücksichtigt werden.

#### Unternehmensvermögen wird unterschiedlich bewertet

Als Folge ergeben sich bei Unternehmensvermögen rechtsformspezifische Bewertungsunterschiede. Personenunternehmen werden dabei systematisch bevorzugt. Im Grundvermögen kommt es hingegen bei Gebäuden zu

systematischen Überbewertungen. Es muss folglich nachgebessert werden, damit die vorgeschlagene Bewertungspraxis bei einer erneuten Vorlage vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hat.

Die beschlossenen Verschonungsregelungen für Betriebs- und Anteilsvermögen gehen weit über die bisher im Erbschaftsteuergesetz vorgesehenen Begünstigungen hinaus (aktuell: Bewertungsabschlag von 35 Prozent, Freibetrag 225.000 Euro). In Anbetracht der geplanten Bewertungsänderungen für dieses Vermögen ist allerdings mit einem teils erheblichen Anstieg der Steuerwerte zu rechnen. Wird ein konstantes Erbschaftsteueraufkommen angestrebt, so erscheint die Ausweitung der Begünstigungen nachvollziehbar. Gleiches gilt für das Grundvermögen, für das im derzeitigen Recht keine Verschonungen vorgesehen sind.

Dennoch müssen sich die geplanten Verschonungsregelungen an den strengen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts für Lenkungsnormen messen lassen. Die Bundesregierung begründet die vorgesehenen Verscho-

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

**Folgende bedeutende Änderungen wurden beschlossen:**

- **Neuregelungen zur Bewertung von Grundvermögen sowie von Betriebsvermögen und Anteilsvermögen** (Anteile an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften);
- **Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen und Anteilsvermögen**, für die mit Abgabe der Steuererklärung unwiderruflich optiert werden muss:
  - Option A:** Begünstigungsabschlag von 85 Prozent, sofern das Verwaltungsvermögen maximal 50 Prozent beträgt und die kumulierte Lohnsumme nach 7 Jahren nicht unter 650 Prozent der Ausgangslohnsumme gesunken ist.
  - Option B:** Begünstigungsabschlag von 100 Prozent bedeutet Steuerfreiheit, sofern das Verwaltungsvermögen maximal 10 Prozent beträgt und die kumulierte Lohnsumme nach 10 Jahren nicht unter 1000 Prozent der Ausgangslohnsumme gesunken ist. Bei Unterschreitung der Lohnsumme erfolgt bei Option A und Option B jeweils ein anteiliger Wegfall des Begünstigungsabschlags, ebenso bei einem schädlichen Vorgang, etwa bei einer Veräußerung, innerhalb von 7 beziehungsweise 10 Jahren;
- **Verschonungsregelungen für selbst genutzte Wohnimmobilien** bei Übertragungen an Ehepartner, eingetragene Lebenspartner und Kinder, wenn 10 Jahre keine Vermietung und kein Verkauf erfolgt (bis zu 100% Freistellung);
- **Anhebung der Freibeträge** für Ehegatten/eingetragene Lebenspartner und Kinder auf 500.000 Euro beziehungsweise 200.000 Euro;
- **Anhebung und Angleichung der Steuersätze in den Steuerklassen II und III** (30 Prozent bis 50 Prozent).

nungen damit, dass das betroffene Vermögen in besonderer Weise dem Gemeinwohl diene. Für Betriebs- und Anteilsvermögen wird in diesem Zusammenhang etwa der Erhalt von Arbeitsplätzen angeführt. Fraglich ist, ob dieser Arbeitsplatzerhalt nicht auch durch mildere Mittel wie zum Beispiel großzügige Stundungsregelungen erreicht werden könnte. Ist dies der Fall, so ist in den weit reichenden Verschonungsregelungen, die auf bestimmte Vermögensarten beschränkt sind, ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz zu sehen. Insofern meldet der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten zu Recht verfassungsrechtliche Bedenken in diesem Punkt an.

Doch auch unter Ausblendung dieser Bedenken stellt sich die Frage, warum die beschlossenen Verschonungsregelungen im Fall von Betriebs- und Anteilsvermögen derart komplex ausgestaltet wurden. Die ohnehin schon sehr hohen Steuererhebungskosten werden mit den Neuregelungen nochmals gesteigert, die Haushaltsplanung durch den Staat zusätzlich erschwert. Die zahlreichen zu erfüllenden Kriterien und die langen Beobachtungszeiträume verunsichern die Steuerpflichtigen

und steigern den Beratungsbedarf. Streitfälle scheinen vorprogrammiert. Die Erbschaftsteuerreform steht damit in Sachen Komplexitätssteigerung der Unternehmensteuerreform 2008 in nichts nach. Das von der Bundesregierung vorgegebene Ziel der Steuervereinfachung wird mit diesen Neuregelungen nicht erreicht.

**Fehlende Synchronisierung mit der Abgeltungsteuer**

Auch wenn man die Berechtigung der Steuersatzanpassung nicht in Frage stellt, drängt sich der Eindruck auf, dass die Konsequenzen der Anhebung der Steuersätze in den Steuerklassen II und III von den Verantwortlichen nicht gänzlich überschaut werden. Vorgesehen ist zwar eine leichte Verringerung der Doppelbelastung von Einkünften mit Erbschaftsteuer und Einkommensteuer (§ 35b EStG-E). Vergessen wurde dabei allerdings die Abgeltungsteuer.

Man stelle sich etwa den Übergang einer nicht verschonten Portfolioeteiligung an Kapitalgesellschaften in der Steuerklasse II unter Anwendung des Eingangsteuersatzes von 30 Prozent vor. Dieser soll bereits ab einem Vermögensübergang von 20.000 Euro gel-

ten. Sofern das Portfolio aus nach dem 31. Dezember 2008 beschafften Beteiligungen besteht, unterliegen sämtliche Wertsteigerungen bei Realisierung der Abgeltungsteuer. Mit anderen Worten: Auf den Wertsteigerungen lastet eine latente Abgeltungsteuer, die bei Vererbung oder Verschenkung mit 30 Prozent Erbschaftsteuer versteuert werden muss.

In einem einfachen Beispiel dargestellt führt eine vor dem Übergang erzielte Wertsteigerung von 100.000 Euro bei Veräußerung des Portfolios nach dem Übergang zu einer Gesamtsteuerbelastung von 55 Prozent (30.000 Euro Erbschaftsteuer zuzüglich 25.000 Euro Abgeltungsteuer). Auf die Abgeltungsteuer muss in diesem Fall 7.500 Euro Erbschaftsteuer gezahlt werden. Diese Erbschaftsteuer auf die Abgeltungsteuer kann gespart werden, wenn das Portfolio vor der Übertragung veräußert wird und stattdessen die Barmittel übertragen werden. Noch drastischer stellt sich die Situation bei einem Erbschaftsteuersatz von 50 Prozent dar. Dann kommt es durch die Portfolioübertragung mit anschließender Veräußerung zu einer Gesamtsteuerbelastung von 75 Prozent (50.000 Euro Erbschaftsteuer zuzüglich 25.000 Euro Abgeltungsteuer), wobei auf die Abgeltungsteuer 12.500 Euro Erbschaftsteuer gezahlt werden muss. Diese Doppelbelastung kann nicht vom Gesetzgeber beabsichtigt sein.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer und des Bewertungsrechts ist in seiner derzeitigen Form nicht überzeugend. Einerseits treten durch die geplanten Bewertungsverfahren systematische Defizite auf, andererseits erscheinen die gewählten Verschonungsregelungen in vielerlei Hinsicht problematisch. Hinzu kommt eine fehlende Abstimmung der Erbschaftsbesteuerung mit der ab dem 1. Januar 2009 in Kraft tretenden Abgeltungsteuer. Diese muss insbesondere in Anbetracht der gestiegenen Steuersätze in den Steuerklassen II und III dringend nachgeholt werden.

*Timo Reister, reister@zew.de*

## KONFERENZEN

# Nobelpreisträger Selten zu Gast bei experimentellen Ökonomen

Die Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung (GfeW) fand vom 30. Oktober bis 1. November 2008 am ZEW in Mannheim statt. Zu den renommierten Teilnehmern der Tagung gehörte unter anderem der Nobelpreisträger Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Selten.

Die GfeW ist die weltweit älteste Vereinigung experimenteller Ökonomen. Sie strebt an, die experimentelle Forschung als eine wichtige Methode der Ökonomik weiter zu etablieren. Im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung stehen Experimente, mit deren Hilfe Theorien und ökonomische Institutionen gebildet und überprüft werden. Auch individuelle Präferenzen können durch Experimente ermittelt werden, beispielsweise Zahlungsbereitschaften für bestimmte Güter.

## Experimente etablieren sich in der angewandten Forschung

Die Jahrestagung der GfeW fand in diesem Jahr erstmals an einem deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut statt. Das ist ein klares Zeichen, dass die experimentelle Methode nicht nur an Universitäten, sondern auch in der angewandten empirischen Wirtschaftsforschung stärkere Beachtung findet. Insgesamt nahmen 66 Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum an der Tagung teil. Die Vortragsthemen spiegelten die Forschungsschwerpunkte wider, die aktuell in der experimentellen Ökonomik bearbeitet werden. Hierzu zählen Kooperation in sozialen Dilemmata, soziale Präferenzen und Auktionsdesign.

Neben Nobelpreisträger Selten nahm Prof. em. Dr. Reinhard Tietz, von 1982 bis 1995 Vorsitzender der GfeW, an der Tagung teil. Zu Ehren seines 80. Geburtstags hielt Selten einen Vortrag mit dem Titel „Experimentelle Ergebnisse zum



von links: Bodo Sturm (ZEW), Reinhard Selten, Joachim Weimann (Universität Magdeburg)

Prozess der Zielbildung und Anpassungsanpassung“. Darüber hinaus hat die GfeW einen Sammelband mit dem Titel „Experimental Economics in Germany, Austria, and Switzerland – A Collection of Papers in Honor of Reinhard Tietz“ herausgegeben. Dieser Band, der herausragende Artikel von GfeW-Mitgliedern aus den letzten 30 Jahren enthält, wurde bei der Jahrestagung von Professor Dr. Joachim Weimann, dem Vorsitzenden der GfeW, an Professor Tietz übergeben.

## Auszeichnungen für besondere experimentelle Forschungen

Ein weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des Heinz-Sauermann-Preises an Prof. Dr. Lisa Bruttel von der Universität Konstanz und an Dr. Özgür Gürek von der Universität Erfurt. Bruttel erhielt den Preis für ihre Dissertation „Tacit Collusion: Four Experimental Studies“. Gürek wurde für seine Dissertation „Endogenous Institution Choice in Social Dilemmas“ ausgezeichnet. Der Heinz-Sauermann-Preis ist mit 1.000 Euro dotiert und wird von der GfeW für herausragende wissenschaftliche Arbeiten auf

dem Gebiet der experimentellen Wirtschaftsforschung an einer deutschsprachigen Hochschule verliehen. Darüber hinaus wurde der Heinz-Sauermann-Förderpreis an Dr. Stefan Palan von der Universität Graz verliehen. Sein Projekt „Handelszeiten und Derivatmärkte – Auswirkungen auf die Aktienmarkteffizienz“ soll mit einem Preisgeld von 500 Euro gefördert werden.

Wissenschaftler des ZEW hielten im Rahmen der Jahrestagung Vorträge. Bodo Sturm vom Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ trug eine gemeinsame Arbeit mit Astrid Dannenberg und Sara Scatasta vor, die die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten für genetisch veränderte Lebensmittel untersucht. Bodo Aretz vom Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ referierte seine Forschungsarbeit mit dem Titel „A Field Experiment on the Unpacking Effect in Charitable Donations“.

Die Jahrestagung 2009 der GfeW wird an der Universität Duisburg-Essen stattfinden. Nähere Informationen finden Sie unter [www.gfew.de](http://www.gfew.de).

Dr. Bodo Sturm, [sturm@zew.de](mailto:sturm@zew.de)



## KONFERENZEN

# „Asset and Housing Markets“ – Konferenz von ZEW und Bundesbank

Am 20. und 21. Oktober 2008 fand am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die zweite gemeinsame Forschungskonferenz von ZEW und der Deutschen Bundesbank statt. Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz war die Entwicklung der Preise auf den Wohnimmobilienmärkten. Erörtert wurden im Rahmen der Konferenz unter anderem die Bestimmungsgründe der Preisentwicklung für Immobilien und ihre Effekte auf die Realwirtschaft. Weitere Beiträge befassten sich mit dem Zusammenhang von Immobilienpreisen und Anleihe- beziehungsweise Aktienkursen.

## Kreditverbriefungen beeinflussen den privaten Konsum

Das einführende und vor dem Hintergrund der Immobilienmarktkrise äußerst aktuelle Referat von Mathias Hoffmann (Universität Zürich) befasste sich mit den Zusammenhängen zwischen der Verbriefung von Hypotheken und der Volatilität des privaten Konsums. Hoffmann stellte heraus, dass der private Konsum in Ländern mit einem hohen Anteil verbriefteter Hypotheken weniger stark auf exogene Schocks reagiert als in Ländern, in denen es keine Kreditverbriefungen gibt. Allerdings, so Hoffmann, profitiere die erstgenannte Gruppe von Ländern von den positiven Effekten der internationalen Risikodiversifizierung vor allem in Boomphasen, nicht dagegen in Phasen rückläufiger Märkte. Es gebe jedoch keinen Beleg dafür, dass Länder mit einem hohen Verbriefungsgrad stärker als andere von globalen Vermögenspreiszyklen betroffen seien.

Jiro Yoshida (Universität Tokio) zeigte in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell, dass der Zusammenhang von Hauspreisen und anderen Assetklassen unter anderem von der Bo-

denverfügbarkeit abhängt. Wenn das Angebot an Boden preiselastisch ist, dann können Immobilienpreise und die Preise anderer Anlagen negativ korreliert sein. Positive Korrelationen und allgemein eine höhere Preisvolatilität resultieren hingegen aus einem preisinelastischen Angebot an Boden.

## Boden ist Schlüsselfaktor für das Wohnungsangebot

Alexander Michaelides (London School of Economics) nahm in seinem Vortrag Bezug auf die Rolle des Bodens in der Produktion von Gütern sowie für das Angebot von Wohnungen. Er arbeitete heraus, dass Hausbesitzer und Hauserwerber in unterschiedlichem Maße von sinkenden Zinsen und steigender Arbeitsproduktivität profitieren.

Ferner konnte Michaelides zeigen, dass diese Unterschiede umso größer sind, je größer der Anteil des Bodens als Inputfaktor in der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion ist.

Kieran McQuinn (Bank of Ireland) präsentierte einen empirischen Ländervergleich. Er zeigte, dass die Entwicklung der Wohnimmobilienpreise vornehmlich durch Änderungen der Finanzierungsmöglichkeiten zu erklären ist. Diese sind wiederum durch Zinsen und Einkommen bestimmt. Besonderes Augenmerk legte McQuinn bei seinen Ausführungen auf nicht lineare Effekte von Zinsänderungen.

Die auf der Konferenz vorgetragenen Arbeiten stehen unter [www.zew.de/assethousing2008](http://www.zew.de/assethousing2008) zum Download zur Verfügung.

*Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de*

## ZEW INTERN

## Nicole Gürtzgen habilitiert

PD Dr. Nicole Gürtzgen, Senior Researcher im ZEW-Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“, hat im September 2008 von der Universität Mannheim die Lehrbefugnis für das Fach Volkswirtschaftslehre erhalten.



Sie verfasste ihre Habilitationsschrift zum Thema „Essays on Collective Bargaining Coverage, Wage Determination

and Employment Dynamics in Germany“. Darin untersucht die Autorin die Bedeutung von Tarifvertragsinstitutionen für die Lohnhöhe, die Lohnstruktur sowie die Beschäftigungsdynamik in Deutschland. Die Arbeit kann nachweisen, dass die durchschnittlich höhere Entlohnung in tarifgebundenen Unternehmen in nur sehr geringem Ausmaß kausales Ergebnis der Tarifbindung ist. Die Lohnunterschiede können vielmehr dadurch erklärt werden, dass Arbeitgeber höheren Tariflöhnen mit der Einstellung überdurchschnittlich produktiver Beschäftigter begegnen. Dies führt unter anderem dazu, dass tarifgebundene Unternehmen infolge zunächst unvollständiger Information über die Qualität der Bewerber ein wesentlich vorsichtigeres Einstellungsverhalten aufweisen als nicht-tarifgebundene Arbeitgeber.

## ZEW INTERN

**Delegation der Xiamen Universität zu Besuch am ZEW**

Am 30. Oktober 2008 besuchten Vertreter der südchinesischen Xiamen Universität das ZEW. Die vom Präsidenten der Universität, Professor Zhu Chongshi, angeführte Delegation wurde von Thomas Kohl, dem kaufmännischen Direktor des ZEW, begrüßt. Herr Kohl gab zunächst einen Überblick über

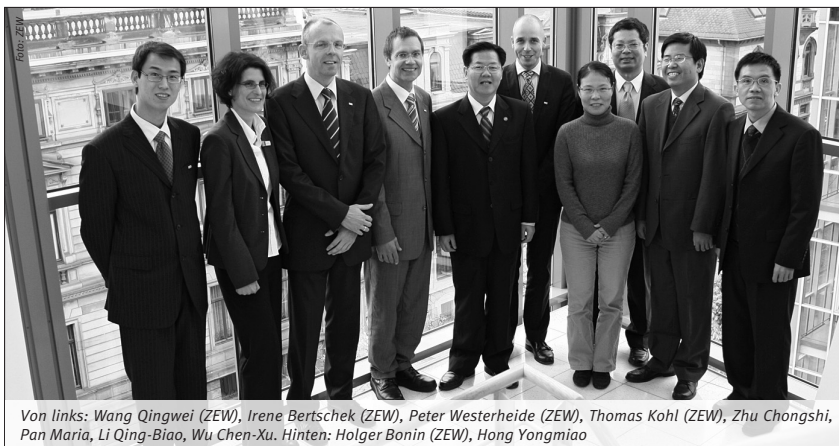
die Arbeit des ZEW. Neben Präsident Zhu gehörten Professor Hong Yongmiao, Direktor des Wang Yanan Institute for Studies in Economics (WISE), Professor Wu Chenxu, Dekan der School of Physics and Mechanical & Electronic Engineering, und Professor Li Qingbiao, Vizedekan der School of Chemistry and

Chemical Engineering zu der chinesischen Delegation.

Präsident Zhu stellte die Xiamen Universität, eine der ältesten Universitäten Chinas, vor. Durch die Lage der Stadt Xiamen in der Provinz Fujian, dem Ursprung vieler Auslandschinesen, und durch den Status als Sonderwirtschaftszone ist die Hochschule traditionell international orientiert und entwickelt sich außerordentlich dynamisch. WISE gehört zu den fünf besten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten des Landes.

Die Vertreter der Xiamen Universität zeigten sich sehr daran interessiert, den Austausch mit Forschungseinrichtungen in Europa auszubauen. Dr. Irene Bertschek, Leiterin der Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologien“ des ZEW, erläuterte die Forschungsarbeit zum Einfluss der Computernutzung auf Arbeitnehmer und Unternehmen. Der Leiter des Arbeitsmarktbereichs, Dr. Holger Bonin, machte deutlich, dass sein Bereich auf Methoden der Programmevaluation und die Analyse formeller und informeller Bildungsprozesse spezialisiert ist. Dr. Peter Westerheide stellte die Schwerpunkte des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte“ vor, die sich durch den Einsatz anspruchsvoller Verfahren der Zeitreihen- und Panel-Ökonometrie auszeichnen.

Die Xiamen Universität und das ZEW beabsichtigen, den entstandenen Kontakt in Zukunft zu vertiefen.



Von links: Wang Qingwei (ZEW), Irene Bertschek (ZEW), Peter Westerheide (ZEW), Thomas Kohl (ZEW), Zhu Chongshi, Pan Maria, Li Qing-Biao, Wu Chen-Xu. Hinten: Holger Bonin (ZEW), Hong Yongmiao

## ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Jürgen Egel, Christoph Grimpe, Oliver Heneric, Michaela Niefert, Thomas Eckert und Rüdiger Meng

**Die Rhein-Neckar-Region im Vergleich zu ausgewählten deutschen und europäischen Metropolregionen**

Nationalstaaten verlieren zunehmend an Bedeutung für die Standort-, Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen. Dagegen werden lokale und regionale Standortfaktoren zunehmend wichtig. Der regionale Standortwettbewerb stellt für Regionen eine große Herausforderung dar. Vor diesem Hintergrund vergleicht das Buch verschiedene deutsche und europäische Metropolregionen mit der Metropolregion Rhein-Neckar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf innovationsökonomischen Indikatoren, die eine Beurteilung der endogenen Wachstumspotenziale der Regionen erlauben. Ein besonderes Augenmerk gilt den Zukunftsfeldern Gesundheitsdienstleistungen und Medizintechnik sowie den Nanomaterialwissenschaften.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 90, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2008, ISBN: 978-3-8329-3997-7

## EXPERTENSEMINARE

- |                |  |
|----------------|--|
| 26.01.2009     | Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren                                    |
| 27.-28.01.2009 | Der sichere Auftritt – Grundlagen für die professionelle Gestaltung von Präsentationen |
| 27.01.2009     | Plan- und Berichtswesen für das Risikomanagement                                       |

ZEW-Expertenseminare im Internet: [www.zew.de/weiterbildung](http://www.zew.de/weiterbildung)  
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

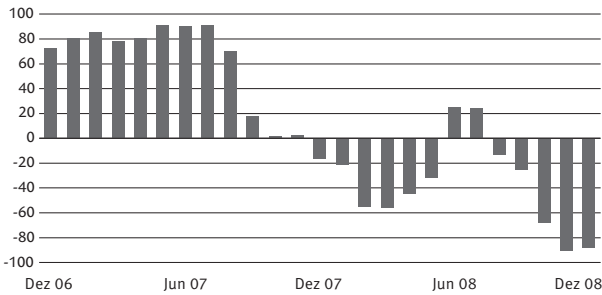
Nr. 08-075, Wolfgang Sofka, Christoph Grimpe: Managing Search Strategies for Open Innovation - The Role of Environmental Munificence as well as Internal and External R&D.

Nr. 08-074, Heiko Gerlach, Thomas Roende, Konrad Stahl: Labor Pooling in R&D Intensive Industries.

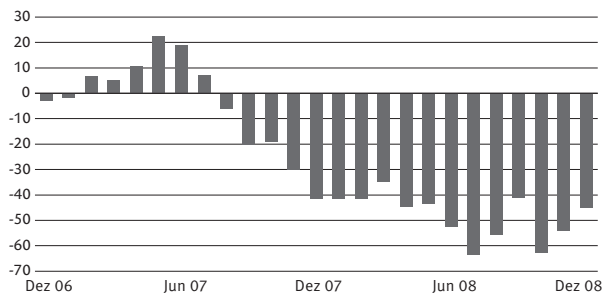
Nr. 08-073, Katja Coneus, Katharina Spiess: The Intergenerational Transmission of Health in Early Childhood.

**DATEN UND FAKTEN**

### ZEW-Finanzmarkttest im Dezember 2008



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### EZB: Nachfrageschwäche bewirkt Disinflation

Die Inflationsrate in der Eurozone ist deutlich rückläufig. Verantwortlich hierfür sind zurückgehende Preise, primär bei Kraftstoffen, aber auch bei Nahrungsmitteln. Der nachlassende Inflationsdruck sowie die konjunkturelle Schwäche haben die EZB veranlasst, die Zinsen auf 2,5 Prozent zu senken. Der Zinsschritt fiel mit 75 Basispunkten sehr hoch aus. EZB Präsident Trichet äußerte sich nicht zu weiteren geldpolitischen Schritten. Die befragten Finanzmarktexperten rechnen jedoch mehrheitlich mit weiter sinkenden Zinsen.

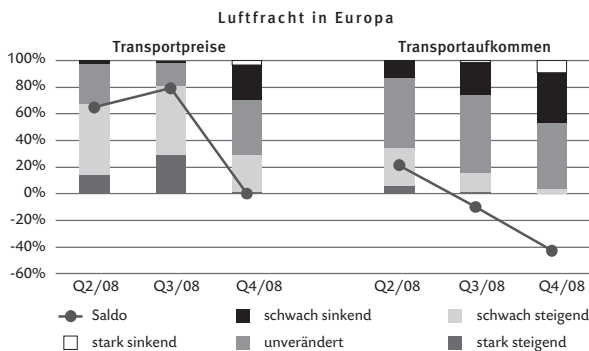
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

#### Euroraum: Erwartungen erholen sich etwas

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Dezember ein zweites Mal in Folge verbessert. Der entsprechende Indikator stieg um 7,9 Punkte auf -46,1 Punkte. Die Experten rechnen scheinbar nicht damit, dass sich die konjunkturelle Abwärtsdynamik ab Mitte 2009 weiter verschärft. Die Zinssenkungen durch die EZB sowie die Konjunkturpakete der Regierungen dürften ihren Beitrag dazu leisten. Da die Bewertung vor dem Hintergrund einer bereits rezessiven Phase erfolgt, bleibt der Ausblick jedoch weiterhin sehr trübe.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

#### Erwartungen für das Transportgewerbe brechen ein

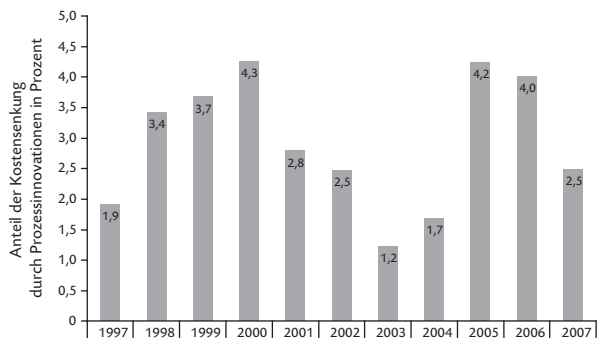


Quelle: ZEW

Die europäischen Transportmärkte spüren die Folgen der anhaltenden Finanzkrise. Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW erwarten im Saldo einen drastischen Rückgang des Transportaufkommens und der Transportpreise in den kommenden sechs Monaten. Dieser Abwärtstrend wird für alle Transportmärkte erwartet. Die Grafik zeigt beispielhaft die Erwartungen für den Luftfrachtverkehr in Europa. Weniger als fünf Prozent der Experten erwarten noch steigende Luftfrachtmengen. Die Anzahl derjenigen, die mit steigenden Preisen rechnen, sank von 80 Prozent im Vorquartal auf nun 30 Prozent.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

#### Unternehmensdienste: Kostensenkung durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Unternehmensdienste, zu denen Reinigung, Bewachung, Arbeitnehmerüberlassung, Büro-, Auskunfts-, Verpackungsdienstleistungen und Entsorgung gehören, richten ihre Innovationsanstrengungen vorrangig an Prozesszielen aus. 24 Prozent der Unternehmen haben neue Verfahren eingeführt. Dagegen waren nur 17 Prozent der Unternehmen mit Produktinnovationen erfolgreich. Durch Prozessinnovationen konnten 2007 insgesamt 2,5 Prozent der Gesamtkosten in der Branche eingespart werden. 2005 und 2006 waren die Rationalisierungserfolge mit über vier Prozent allerdings noch höher.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

## STANDPUNKT



## Finanzkrise

Es lohnt sich, die Ingredienzien jenes Giftcocktails, der als Finanzkrise die Welt in Atem hält, herauszuarbeiten, um die Verantwortlichen klar zu benennen und erste Lehren für eine Krisenprävention zu ziehen. Die Vereinigten

Staaten schütteten die Basisspirituosen in den Shaker: eine zu expansive Geldpolitik, eine nicht zuletzt auf staatlichen Druck unverantwortliche Gewährung von Hypotheken an einkommensschwache Haushalte, regulatorische Defizite und eine eklatante Fehleinschätzung der systemischen Wirkungen des Zusammenbruchs von Lehman Brothers auf die globalen Finanzmärkte. So gesehen muten die zahlreichen Belehrungen aus den Vereinigten Staaten, wie anderswo das Finanzsystem zu gestalten sei, etwas deplatziert an. Vielleicht sollte dieser Barkeeper mal eine Runde aussetzen und seinen Kollegen zuschauen.

Toxische Zutaten für den Cocktail kamen dann von verschiedenen Seiten. Die zunehmende Verbreitung des „Originate and Distribute“ – Modells auf den Finanzmärkten, also einer Geschäftspolitik, bei der Banken die von ihnen vergebenen und oft problembehafteten Kredite so rasch wie möglich an Investoren weiterreichten, feuerte die Finanzkrise ebenso an wie die Technik der Strukturierung, bei der im vorliegenden Fall drittklassige US-Immobilienkredite zu einem großen Teil in scheinbar erstklassige Aktiva transformiert wurden. Aus höchst minderwertigen Zutaten wurde so ein anscheinend hochbekömmlicher Fancy-Drink gemixt, der obendrein von Testern („Rating Agenturen“) unvertretbar hohe Prädikate erhielt. Die Verbriefung und Strukturierung als solche stellen sinnvolle Finanzprodukte dar, nur muss der Inhalt bekannt sein. Des Weiteren sollte die Bank, welche eine Verbriefung vornimmt, verpflichtet werden, einen Anteil besonders risikanter Tranchen der Forderungen in ihrem Portfolio zu behalten. Die Rating Agenturen müssen künftig einer strengen Aufsicht unterliegen.

Einmal geschüttelt (nicht gerührt), entwickelte der Cocktail eine gefährliche Eigendynamik. In Phasen mit niedrigen Zinsen

und einer guten Ertragslage ist es für die Banken attraktiv, die Rendite ihres Eigenkapitals durch eine steigende Fremdfinanzierung „hochzuhebeln“ (Leverage-Effekt). Wenn es aber zu einem Abschwung und einem damit einhergehenden Wertverfall der Aktiva kommt, steht die Bank vor der Alternative, sich entweder neues Eigenkapital zu beschaffen oder das Kreditvolumen massiv zurückzufahren (Deleveraging). Da der letzte Schritt eine Kreditklemme für die Realwirtschaft mit negativen Folgen für die Investitionstätigkeit nach sich zieht, sieht das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Deutschland folgerichtig Rekapitalisierungsmaßnahmen vor, welche den Banken und Versicherungen die Möglichkeit einer staatlichen Eigenkapitalhilfe eröffnen. Allerdings muss sich der Staat so bald wie möglich zurückziehen und wieder funktionstüchtige marktwirtschaftliche Strukturen schaffen, denn ein effizientes und international wettbewerbsfähiges Finanzsystem ist eine wichtige Voraussetzung für gesamtwirtschaftliches Wachstum.

Während sich die Patienten von den verheerenden Wirkungen des Giftcocktails hoffentlich bald erholen und die Intensivstation verlassen können, ist eine effiziente Krisenprävention angesagt. Der Barbetrieb bedarf einer besseren Regulierung, ohne dass die Bar mangels Attraktivität austrocknet. Für die globalen Finanzmärkte bedeutet dies eine effiziente Finanzarchitektur auf internationaler Ebene. Dazu hat neben anderen der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuen Jahresgutachten Vorschläge unterbreitet. Sie laufen auf ein internationales Risikoerkennungs- und Frühwarnsystem einschließlich eines internationalen Kreditregisters, auf eine internationale Aufsicht über die nationalen Bankenaufsichten, die ihre Selbstständigkeit behalten, und eine Reform des internationalen Abkommens über Eigenkapitalanforderungen bei Banken (Basel II) hinaus. Der Weltfinanzgipfel vom 15. November 2008 hat zu erkennen gegeben, dass die noch zu erarbeitenden Regelungen in Teilen durchaus in diese Richtung gehen könnten.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim  
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

**Redaktion:** Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008